

Wolfgang Kleindienst; 07381 Pößneck; Kastanienallee 4a;

Tel. 03647 423223; Firma: 03641 694777;

Funk 0151 16160108; E-Mail: w.kleindienst@t-online.de

Leserbrief zum Thema „Kommunen müssen Straßenausbaubeiträge erheben“

Wenn die Landesregierung ein Gutachten zur rechtmäßigen Erhebung von Straßenausbaubeiträgen (SAB) in Auftrag gibt, bescheinigt sie nicht nur ihr Unvermögen das Thüringer Kommunalabgabengesetz ändern zu wollen, sondern tritt auch noch als Sponsor für die Uni Jena auf. Das Gutachten von Prof. Brenner ist offenbar ein Gefälligkeitsgutachten und soll als Schutzschild für die Fortführung von ungerechtfertigten Abgaben dienen.

Inhaltlich gespickt von Widersprüchen bescheinigt das Gutachten auch das Versagen der Landesregierung bei der Lösung des Problems. Namhafte Juristen haben in den letzten Tagen unsere Zweifel dahingehend bestätigt. Warum soll es in Thüringen nicht wie in Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg oder Saarland möglich sein, die SAB ganz abzuschaffen. Warum soll es denn nicht möglich sein, durch Kürzung der Rüstungsausgaben oder mit dem Ende der Kriegsbeteiligung in Afghanistan oder Irak die bisher gezahlten SAB zurückzuzahlen und weitere kommunale Kosten für Straßenausbau zu finanzieren?

Warum will die CDU Thüringen nicht wie ihre Parteifreunde in Sachsen den Kommunen die Entscheidung über die Erhebung von derartigen Zwangsbeiträgen überlassen? Das wäre zumindest im Sinne der Selbstverwaltung und der Demokratie. Selbst gestandene CDU-Politiker, wie Ex- Landrat Thomas aus Saalfeld/Rudolstadt oder der Schleusinger Bürgermeister, haben längst begriffen, dass SAB nicht nur unzumutbar und ungerecht sind, sondern in den Mülleimer der Geschichte gehören. Ich selbst werde als Stadtrat dem Mut der Schleusinger Stadträte folgen und bei uns in Pößneck zukünftigen Satzungen eine Absage erteilen. Betroffene Bürger und gewählte Kommunalpolitiker sollten gemeinsam und parteiübergreifend die Landesregierung zur Vernunft auffordern. Drohungen durch den Innenminister gegenüber der Bürgerallianz sind nicht zielführend und beschwören politischen Ungehorsam. Kommunalpolitiker sind aufgefordert ihre Bürger und ihre Unternehmen vor dem Ruin zu schützen. Ändert sich nichts, wird auch Herr Huber und Frau Lieberknecht, wie schon ihre Vorgänger, den Unmut der Bevölkerung zu spüren bekommen. Dies kann man schon heute vermeiden, wenn sich zwei Theologen auf christliche Werte besinnen würden.

Wolfgang Kleindienst
Pößneck